1. **Firmen, die überdurchschnittlich viele Stellen schaffen, bestraft der Markt**
   Moral interessiert den Aktienmarkt nicht: Seit dem Jahr 2000 verlieren Anteilsscheine von Firmen, die Arbeitsplätze schaffen, an Wert. Kann der junge Aufschwung das ändern?
   Quelle: Die Zeit
2. **Ingenieurmangel kostet Deutschland Milliarden**
   Der Ingenieurmangel in Deutschland ist verheerender als bislang angenommen. 2006 fehlten nach Angaben des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) bundesweit 50.000 Fachkräfte, der wirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden.
   Quelle: FTD

   ***Anmerkung:*** *Und warum finden die zehntausende arbeitslosen Ingenieure keinen Job?*
   Quelle: zeit

3. **Merkel stemmt sich gegen Mindestlohn**
   Bei einer Unterredung mit der DGB-Spitze hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihre Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns bekräftigt.
   Quelle: FTD
4. **Sozialrechtler Schulte: Mindestlohn kostet keine Arbeitsplätze**
   Der Mindestlohn scheint in Großbritannien keine Arbeitsplätze gekostet zu haben. Dort ist die Arbeitslosenquote nur halb so hoch wie hier.
   Quelle: taz

   Aber Deutsche Ökonomen errechnen, dass bei einem Mindestlohn von 7.50 Euro über 600.000 Arbeitsplätze verloren gehen, obwohl davon 1,7 Millionen Arbeitnehmer einen Kaufkraftgewinn von 1,78 Milliarden Euro hätten.
   Quelle: Die Welt

5. **Deutsche Bank verdient kräftig im Investmentbanking**
   Der Nettogewinn kletterte in den ersten drei Monaten 2007 gegenüber dem Vorjahr um 29 Prozent auf 2,12 Milliarden Euro.
   Quelle: FR

   Dazu: **Goldesel auf Zeit**
   Es hat sich wieder einmal bestätigt: Die Investmentbanker um Anshu Jain sind die Goldesel der Deutschen Bank. Von London aus erwirtschaften sie zwei Drittel der Erträge von Deutschlands Branchenprimus. Wie lange die Großmeister der Spekulation in ihrer Zockerbude an der Themse Oberwasser haben, wird sich zeigen.

Wenn die Kurse wieder purzeln, schlägt die Stunde der für die Deutsche Bank.
Quelle: FR

6. **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP): Schwarz-Rot probt verfassungspolitischen Aufstand**
   Die Ex-Justizministerin hat schwere Vorwürfe gegen Schwarz-Rot erhoben. Mit der Innenpolitik der großen Koalition und dem "Schäuble-Katalog" solle letztlich das informationelle Selbstbestimmungsrecht ausgehebelt und ein autoritärer Staat eingeführt werden. "Erkennbar wird hier mit der Furcht vor Terrorismus im Rücken der verfassungspolitische Aufstand geprobt."
   Quelle: heise online
7. **Zahl der Privatpleiten steigt rasant an**
   Dank des konjunkturellen Aufschwungs gehen in Deutschland immer weniger Firmen pleite, gleichzeitig steigt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen aber rasant an. Die offenen Forderungen gehen in die Milliarden.
   Quelle: SZ

   ***Anmerkung:*** *Der Aufschwung scheint wohl an den Verbrauchern vorbei zu gehen.*

8. **Goldman-Sachs lobt den Abschluss in der Metallindustrie**
   Rechnet man die einzelnen Bestandteile des Vertrags um, so ergibt sich über die gesamte Laufzeit eine durchschnittliche Lohnsteigerung von unter 3,5 Prozent. Der jetzt gefundene Kompromiss wird wahrscheinlich auch zu einem weiteren Rückgang der Lohnstückkosten führen. Gegenwärtig wächst die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe mit einer Jahresrate von mehr als 6 Prozent.
   Quelle: manager-magazin
9. **Forsa-Chef Güllner: Die SPD hat eine notorische Neigung, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen**
   40 Prozent jener Wähler, die 2005 noch für die SPD votierten, um Angela Merkel als Kanzlerin zu verhindern, würden demnach mittlerweile ihre Stimme der CDU-Kandidatin geben. Den mangelnden Rückhalt in den eigenen Reihen sieht der Forsa-Chef als weit größeres Problem für Beck als seine momentan noch geringe Bekanntheit. Zuletzt hatte eine Forsa-Umfrage ergeben, dass der SPD-Vorsitzende zwei Dritteln der Bundesbürger unbekannt sei.
   Quelle: Focus
10. **Fragezeichen über dem Bundespräsidenten**
    Die Ablehnung von Gnade macht aus einem Täter selbstredend kein Opfer. Die Art und Weise, wie die Gnadendebatte vor allem zuletzt von der CSU geführt wurde, hat aber den Bundespräsidenten zu ihrem Opfer gemacht.

Quelle: SZ

***Anmerkung:*** *Ob der Bundespräsident tatsächlich nur Opfer der Konservativen wurde, oder ob er durch sein bisheriges Wirken erst die Erwartungen der Konservativen geschürt hat, will ich bei dieser Entscheidung nicht tiefergehend erörtern. Köhler war jedenfalls bisher z.B. in seinen wirtschaftspolitischen Ansichten nicht ihr Opfer, sondern ein Vorkämpfer der Konservativen.*

11. **Das Land der Wahlverweigerer**
Sachsen-Anhalt stellt einen neuen Rekord im Nichtwählen auf: Nur 20 Prozent der Wahlberechtigten gaben bei der zweiten Runde der Kommunalwahlen ihre Stimme ab. Politiker rügen all jene, die lieber zu Hause geblieben sind, als zu wählen.
Quelle: taz